
Eingereicht durch:	Eingang:	19.09.2006
Röttger, Claudia	Weitergabe:	19.09.2006
SPD-Fraktion	Fälligkeit:	04.10.2006
	Beantwortet:	28.09.2006
Antwort von:	Erledigt:	04.10.2006
BzSt'in Otto		

Betr.: Schulstationen

Ich frage das Bezirksamt:

Ist richtig,

1. dass dem Jugendhilfeausschuss in seiner 43. Sitzung am 09.08.2005 eine Tischvorlage präsentiert wurde, zu deren Inhalt er sich nach (lediglich) zehnminütiger Lesepause äußern sollte, dessen Inhalt die Schließung sämtlicher sich im Bezirk befindenden Schulstationen sowie die Schließung des Hauses der Jugend in der Argentinischen Allee beinhaltete?
2. dass das zuständige Amt, vertreten durch die Jugendstadträtin **Frau Anke Otto**, in den Haushaltsausschusssitzungen vom September 2005 abgesehen von dem undienlichen Vorschlag, 200.000 Euro aus der Jugendberufshilfe zu nehmen, keine Vorschläge einbrachte, die dem Erhalt der Schulstationen im Bezirk dienen?!
3. dass diese vom bezirklichen Jugendamt getragene Position von der Jugendstadträtin **Frau Anke Otto** seinerzeit öffentlich bekannt gemacht wurde, indem sie z.B. in der Abendschau darüber informierte, dass alle Schulstationen im Bezirk geschlossen werden sollen?
4. Trifft es ferner zu, dass
 - a) die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, anders als die Mitglieder der SPD-, CDU- und FDP-Fraktionen, seinerzeit im Haushaltsausschuss keine Anträge zur Rettung der Schulstationen einbrachte und dadurch, auch nach Einschätzung des Jugendamtes, sehenden Auges die Position der Jugendstadträtin übernommen hat?
 - b) und wenn dies so gewesen ist wie verträgt sich dieser Sachverhalt nach Ansicht des Bezirksamtes mit der Aussage der Grünen-Fraktion zu Nr. 7 des Fragebogens „*Fragen von Jugendlichen aus Steglitz-Zehlendorf an die BVV*“, in dem die Frage aufgeworfen wird *Inwieweit unterstützen Sie den Erhalt der Schulstationen im Bezirk?* und darauf wie folgt wörtlich (dann wohl wahrheitswidrig) geantwortet wird: ***Wir unterstützen unsere Jugendstadträtin Anke Otto voll und ganz bei ihrem Anliegen, die Schulstationen zu erhalten. Es ist ihr trotz der uneinsichtigen Haltung der anderen Fraktionen vor einigen Monaten gelungen, die Finanzierung der Schulstationen für weitere zwei Jahre zu sichern.***

Antwort des Bezirksamts

Ich beantworte die obengenannte Kleine Anfrage der Bezirksverordneten Frau Röttger wie folgt:

- 1. Ist richtig, dass dem Jugendhilfeausschuss in seiner 43. Sitzung am 09.08.2005 eine Tischvorlage präsentiert wurde, zu deren Inhalt er sich nach (lediglich) zehnteiliger Lesepause äußern sollte, dessen Inhalt die Schließung sämtlicher im Bezirk befindenden Schulstationen sowie die Schließung des Hauses der Jugend in der Argentinischen Allee beinhaltet?**

Dem Jugendhilfeausschuss wurde in seiner Sitzung am 09.08.2005 eine Tischvorlage „Vorbereitung des Doppelhaushaltes 2006/2007“ vorgelegt. Aus dem Protokoll, das von der Fragestellerin als Schriftführerin mitverantwortet wird, ist zu entnehmen, dass es eine fünfzehnminütige Lesepause – nicht eine zehnteilige wie in der Frage enthalten - gab und dass erst am 14.07.2005 die endgültigen Haushaltszahlen für den Doppelhaushalt 2006/2007 vorgelegen haben. Demnach wurde dem JHA nach einem Zeitraum von weniger als einem Monat ein Entwurf der Verwaltung des Jugendamtes zur Beratung des Haushaltes 2006/2007 vorgelegt.

Zum Thema Schulstationen ist in der Tischvorlage der Verwaltung des Jugendamtes über die zu erbringenden Einsparungen folgendes gesagt:

„Alle Schulstationen werden bis zum 15.08.2006 weiter geführt, danach werden die Verträge nicht verlängert. Schulbezogene Sozialarbeit wird in jeder Region durch je ein mobiles Team (Kooperation zwischen Mitarbeiter/innen öffentlicher und freier Träger) eingerichtet“ (S. 4)

Weiter heißt es:

„Grundsätzlich muss die schulbezogene Sozialarbeit flächendeckend im Bezirk erhalten bleiben und weiterhin in den Regionen angeboten werden. Deshalb wird der Zeitraum bis Mitte 2006 genutzt, um im Rahmen der Sozialraumorientierung eine konzeptionelle Neuausrichtung in der Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und den Schulen zu erarbeiten.“ (S. 3 der Erläuterungen zum Entwurf)

Zum Thema Haus der Jugend Argentinische Allee ist in den Erläuterungen folgendes ausgeführt:

„Es ist beabsichtigt mit freien Trägern und dem Förderverein dieser Einrichtung ein Projekt zu entwickeln, das die Tragfähigkeit weitestgehend ohne Personal des öffentlichen Trägers ermöglicht. ... Für die Einrichtung steht eine Erzieherinnenstelle sowie ein weiterer Erzieher mit einer $\frac{3}{4}$ -Stelle für die Musik- und Studioarbeit zur Verfügung.“

- 2. Ist richtig, dass das zuständige Amt, vertreten durch die Jugendstadträtin Frau Anke Otto, in den Haushaltsausschusssitzungen vom September 2005 abgesehen von dem undienlichen Vorschlag, 200.000 Euro aus der Jugendberufshilfe zu nehmen, keine Vorschläge einbrachte, die dem Erhalt der Schulstationen im Bezirk dienen?!**

Ausweislich des Protokolls der 57. Sitzung des Haushaltsausschusses am 16.09.2005 ist zu TOP 1, Ziffer 2 die Verminderung des Ansatzes Kapitel 4040, Titel 671 54 (Sozialpädagogische Hilfen in Ausbildungsprojekten nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz) um 150 000 € - nicht 200 000 € wie in der Frage genannt - mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen beschlossen worden. Daraus mag man ersehen, ob es sich um einen „undienlichen Vorschlag“ handelte. Grundsätzlich vertrete ich allerdings die Auffassung, dass die Förderung, Unterstützung und Bildung von Kinder und Jugendlichen, wie von allen Fraktionen als Schwerpunkt eingefordert, bei knappen Mitteln auch von allen gemeinsam unterstützt werden muss. Die schulbezogene Sozialarbeit kommt insbesondere der schulischen Situation zugute.

3. Ist richtig, dass diese vom bezirklichen Jugendamt getragene Position von der Jugendstadträtin Frau Anke Otto seinerzeit öffentlich bekannt gemacht wurde, indem sie z.B. in der Abendschau darüber informierte, dass alle Schulstationen im Bezirk geschlossen werden sollen?

Die von mir in der Tischvorlage zum Jugendhilfeausschuss am 09.08.2005 dargelegte Position zur schulbezogenen Sozialarbeit habe ich auf entsprechende Nachfrage in den Medien dargestellt.

4. Trifft es ferner zu, dass

a) die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, anders als die Mitglieder der SPD-, CDU- und FDP-Fraktionen, seinerzeit im Haushaltsausschuss keine Anträge zur Rettung der Schulstationen einbrachte und dadurch, auch nach Einschätzung des Jugendamtes, seinen Augen die Position der Jugendstadträtin übernommen hat?

b) und wenn dies so gewesen ist wie verträgt sich dieser Sachverhalt nach Ansicht des Bezirksamtes mit der Aussage der Grünen-Fraktion zu Nr. 7 des Fragebogens „Fragen von Jugendlichen aus Steglitz-Zehlendorf an die BVV“, in dem die Frage aufgeworfen wird

Inwieweit unterstützen Sie den Erhalt der Schulstationen im Bezirk?

und darauf wie folgt wörtlich (dann wohl wahrheitswidrig) geantwortet wird:

Wir unterstützen unsere Jugendstadträtin Anke Otto voll und ganz bei ihrem Anliegen, die Schulstationen zu erhalten. Es ist ihr trotz der uneinsichtigen Haltung der anderen Fraktionen vor einigen Monaten gelungen, die Finanzierung der Schulstationen für weitere zwei Jahre zu sichern.

Es ist nicht Aufgabe des Bezirksamtes Äußerungen oder Verhaltensweisen von Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung zu kommentieren oder darüber Mutmaßungen anzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Otto
Bezirksstadträtin